

Frank Ettrich

Eine Mehrheit der Deutschen war gegen den jüngsten Irak-Krieg. Viele der demoskopischen Befunde und Analysen des Meinungsbildes der deutschen Bevölkerung zur militärischen Beseitigung des Hussein-Regimes hoben ausdrücklich hervor, dass die Ablehnung der militärischen Intervention im Irak bei den Ostdeutschen noch ausgeprägter als bei den Westdeutschen war (und ist).

Die stärker ausgeprägte Ablehnung des Irak-Krieges durch die Ostdeutschen führt – wie so häufig seit 1990 bei „Feststellungen“ tatsächlicher oder vermeintlicher deutsch-deutscher Differenzen – zu der fragenden Vermutung: Wirkt da etwas nach, was vor 1990 Prägekraft besaß? Werden die Ostdeutschen in ihrer Haltung zum Irak-Krieg von Einstellungen, Werten oder auch *national images* geleitet, die in der DDR ausgebildet wurden? Gar von einem „Feindbild USA“?

Die empirische Meinungs- und Einstellungsforschung kann nur wenig zur Beantwortung dieser Fragen beitragen. Für die Zeit bis 1990 liegen keine wirklich aussagefähigen Befunde vor. Erst seit Anfang der neunziger Jahre kann beispielsweise die Stiftung Demoskopie Allensbach die Entwicklung des Amerikabildes der Ostdeutschen in derselben Weise dokumentieren, wie dies für die Bundesrepublik seit Jahrzehnten geschieht. Mitte der neunziger Jahre sahen die von Allensbach befragten Ostdeutschen in den USA noch immer in signifikant geringerem Maße als die Westdeutschen einen Verfechter von Demokratie, Freiheit und

Menschenrechten und die einzige zuverlässige Führungsmacht bei friedensstiftenden Missionen in den heutigen Krisenherden dieser Welt. Stattdessen dominierte das Bild von den USA als abschreckendes Beispiel einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft. Freilich unterscheiden sich die Ostdeutschen in dieser Auffassung nicht von den Westdeutschen. Es ließen sich – primär generativ geschichtet – noch eine ganze Reihe ähnlicher Befunde und Zahlen präsentieren, die neben der allmählichen Annäherung des Meinungs- und Einstellungsprofils in den alten und neuen Bundesländern bezüglich der USA eine hochgradig ambivalente und interpretationsbedürftige Gemengelage von Stereotypen, positiven und negativen Vorurteilen, aber auch Erfahrungs- und Wissensdefiziten bei den Ostdeutschen erkennen lassen. Angesichts des Mangels an soliden empirischen Befunden ist dafür zu plädieren, nicht kurzschlüssig von der stärkeren Ablehnung der militärischen Intervention im Irak durch die Ostdeutschen auf eine „DDR-Sozialisation“ oder gar die *lineare* Nachwirkung DDR-typischer Feindbilder zu schließen. Man kann gegen Kriege völlig unabhängig davon sein, welches die Kombattanten sind und wie man die „Schuldfrage“ beurteilt. Und man kann gegen einen von den Vereinigten Staaten geführten Krieg sein, ohne antiamerikanisch zu sein oder gar mit den USA ein Feindbild zu verbinden. Wenn man sich die Einstellungsforschung und die politische Kultur-Forschung vor Augen hält,

die in den letzten dreizehn Jahren über Ostdeutschland durchgeführt wurde, dann lässt sich als eine Besonderheit der Ostdeutschen mit Evidenz und Plausibilität festhalten, dass viele Menschen im Osten noch immer Realität(en) stärker an idealen Vorstellungen messen und so auch zu ihren Bewertungen kommen. Hier wird von der Hypothese ausgegangen, dass auch die (punktuellen) Meinungen und Einstellungen zum Problem Krieg und Frieden auf ähnliche Weise zu Stande kommen.

Die Formulierung „Feindbild Amerika in der DDR“ trifft nur sehr einseitig auf die Wahrnehmung Amerikas in der DDR zu. Amerika war ein „anderer Planet“, um den Titel des Reiseberichtes von Günther Kunert aufzugreifen, aber nicht unbedingt ein feindlicher Planet. Häufig war und wurde es auch zum „Gelobten Land“. Angemessen lässt sich wohl nur von einer Pluralität von Amerika-Bildern in der DDR sprechen, da man von wenigstens drei Amerika-Bildern ausgehen kann. Neben dem offiziellen Amerika-Bild der Partei und des Staates, das am ehesten Züge eines Feindbildes trug, gab es ein alltagskulturelles und ein intellektuelles Amerika-Bild.

„Amerikanisierung von unten“

Zwei Züge der DDR-Gesellschaft werden seit 1990 eigentümlicherweise in der Debatte über Ostdeutschland systematisch unterschätzt: Erstens die Tatsache, dass die DDR eine *Ideokratie* war, das heißt ein Gesellschaftssystem, in dem die Machtelite in ihrer Wirklichkeitswahrnehmung und ihrem politischen Handeln in hohem Maße von ideologischen Mustern und Stereotypen geleitet wurde. Und zweitens unterschätzt man das Maß der *Westbindung*, das für weite Teile der Bevölkerung tatsächlich charakteristisch war. Die DDR war in ihrem politischen System, in ihrem Wirtschaftssystem eine (zwangs-)sowjetisierte westliche Indus-

triesgesellschaft, aber sie erfuhr in der Alltagskultur mit jedem Jahrzehnt ihrer Existenz eine partielle, informelle und verzögerte „Amerikanisierung von unten“.

Diese zeigte sich am sinnfälligsten in der seit den fünfziger Jahren aufkommenden neuen Jugendkultur. Aber nicht nur für die Jugend, sondern für die gesamte DDR-Gesellschaft war stets die „amerikanisierte“ Bundesrepublik der stabile Orientierungspunkt, die „primäre Referenzgesellschaft“. Die DDR vollzog gerade im Bereich der Alltagskultur in spezifischer, „eigenlogischer“ Weise die meisten Entwicklungen „mit“ beziehungsweise „nach“, die in der Bundesrepublik zu beobachten waren.

Das offizielle Amerika-Bild der DDR lässt sich nur bedingt als Feindbild im oben erwähnten Sinne der Wahrnehmung einer übermächtigen Bedrohung charakterisieren. Für ein handlungswirksames, emotionalisiertes Feindbild war es zu verstandesmäßig, zu eindeutig aus ideologischen Grundpositionen abgeleitet. Eher lässt sich von einem ideologischen *Anti-Amerikanismus* sprechen. Handlungsrelevant wurden eher anti-amerikanische Stereotype oder konkrete situative Konfliktlagen, für die der restringierte ideologische Sprachcode der politischen Entscheidungsträger einen engen Artikulationsrahmen darstellte.

Um dies zu verdeutlichen, sollen hier zunächst in hochselektiver Weise die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der DDR skizziert werden. Wie bei der Analyse aller internationaler Beziehungen müssen dabei zwei Ebenen unterschieden werden: die Ebene der Realität, wie sie sich beispielsweise in zwischenstaatlichen Verträgen oder der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen manifestiert, und der Ebene der Wahrnehmung dieser Realität, die natürlich nicht deckungsgleich mit der ersten ist.

Es ist häufig behauptet worden, die DDR-Politik der Vereinigten Staaten habe ganz im Schatten ihrer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik gestanden. Das trifft den Sachverhalt sicherlich nicht in vollem Umfang. Aber richtig ist, dass die DDR nur als Vasall der Sowjetunion und kommunistisches Gegenüber der Bundesrepublik im Blick- und Handlungsfeld der amerikanischen Außenpolitik auftauchte.

Beziehungen zwischen USA und DDR

Die Amerikaner formulierten für ihre DDR-Politik drei Schwerpunkte, von denen sie über die Jahre hinweg nicht abwichen, auch als die DDR in diesen nur zu symbolischem Entgegenkommen und nicht zu substanziellen Zugeständnissen bereit war. Es war dies *erstens* der Anspruch der jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes auf eine angemessene Entschädigung. Die USA wollten die DDR, die sich auf einen „universalisierten Antifaschismus“ (Lepsius) berief, nicht aus der Verantwortung für die deutsche Geschichte vor 1945 entlassen. Hier forderte Washington in Übereinstimmung mit der „Jewish Claims Conference“ als pauschale Entschädigung hundert Millionen US-Dollar, eine gering erscheinende Summe in Anbetracht der unfassbaren Vorgänge im NS-Staat. Das Abweisen der amerikanischen Forderung zeigt wiederum die einengende Dominanz der Ideologie, die ein situations- und interessenbezogenes Handeln der Partei- und Staatsführung der DDR verhinderte. Die Anti-Faschisten konnten sich nicht zu einer Wiedergutmachung dieses nationalsozialistischen Unrechts durchringen, eines Unrechts, dem sie ihrer Meinung nach schon durch die nach 1945 erfolgten Reparationen ausreichend Tribut gezahlt hatten. Aber auch die Amerikaner hatten ihre Prinzipien. Eine in den achtziger Jahren an die Claims Conference sozusagen als Versuchsballon überwiesene Summe

von einer Million US-Dollar wurde vom Adressaten als unzureichend postwendend zurückgesandt.

Zweitens war den Amerikanern die Unterstützung der marxistisch orientierten Befreiungsbewegungen insbesondere in Afrika und Mittelamerika durch die DDR ein Dorn im Auge. Für Washington gab es keinen Grund, voreilig dem sowjetischen Vasallen, der im Vorhof des Machtbereichs der USA technische Hilfe für Insurgenten leistete, durch diplomatische Anerkennung Prestigegewinne zu verschaffen.

Und *drittens* bildete die Mauer seit 1961 einen unumstößlichen Beweis für die Nichtachtung der Menschenrechte durch die DDR. Wiederholt protestierten die USA scharf gegen die Verletzung des Viermächte-Status im Zusammenhang mit der Verfolgung von Flüchtlingen an den Sektorengrenzen.

Von 1949 bis 1974 dauerte die Phase der völkerrechtlichen und diplomatischen Nichtanerkennung der DDR durch die USA. In diese Zeit fiel eine ganze Reihe von Ereignissen, die die USA an der Richtigkeit ihrer Politik nicht zweifeln ließen. Diese Zeit erscheint als eine Abfolge von Krisen, in denen die Sowjetunion im ostdeutschen Vorfeld ihres Machtbereiches die Amerikaner herausforderte und deren im Vier-Mächte-Abkommen garantierte Position zu schwächen versuchte. 1949 wird die Berlin-Blockade der Sowjets durch die amerikanische Luftbrücke überwunden; 1953 beschuldigt die ostdeutsche Führung die Amerikaner der Planung und Durchführung des Juni-Aufstands; 1958 scheidet das Chruschtschow-Ultimatum, das den Abzug aller alliierten Truppen und die Bildung einer „Freien Stadt West-Berlin“ fordert, an der Festigkeit der Amerikaner und des Westens; 1961 legitimiert Ost-Berlin den Bau der Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“ auch mit der fortdauernden Subversion der Amerikaner; 1963 wertet Ost-

Berlin John F. Kennedys Berlin-Besuch („Ich bin ein Berliner“) als Provokation.

In den siebziger Jahren folgte eine kurze Periode der Entspannung. Im September 1971 wurde das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin geschlossen, das die Verbindungswege nach West-Berlin garantierte. 1972 folgte der Grundlagenvertrag Bundesrepublik/DDR mit dem Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der Anwendung der Hallstein-Doktrin. Aber erst nachdem 1973 die DDR (und die Bundesrepublik) in die Vereinten Nationen aufgenommen worden war, nahmen die USA dann 1974 als 110. Staat diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

1979 folgte zwar noch ein Konsularvertrag zwischen Washington und Ost-Berlin, aber danach stagnierten die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten schon wieder. Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan wirkten sich aus. Weder das erstrebte Handelsabkommen (und die ersehnte „Meistbegünstigungsklausel“) noch ein Kulturabkommen mit den USA kamen bis zum Ende der DDR zu Stande. Anfang der achtziger Jahre betrieben die USA mehr und mehr eine „Differenzierungspolitik“ gegenüber den mittelosteuropäischen Satelliten-Staaten der Sowjetunion. Die tschechoslowakische Charta 77 und die polnische Solidarność-Bewegung 1980 hatten die Dissidenz und die unterschiedlichen politischen Entwicklungsrichtungen in Osteuropa aufgezeigt. Die DDR rutschte unaufhaltsam in die Ecke der unbelehrbaren Hardliner-Staaten. Machtpolitischer Realismus auf Seiten der USA und halsstarrige Selbstüberschätzung und Fehlwahrnehmung der Realitäten seitens der Machelite der DDR verhinderten bis zum Mauerfall jeden Fortschritt in den bilateralen Beziehungen.

Das offizielle und machtgestützte Amerika-Bild der DDR war durch fünf

Komponenten gekennzeichnet: die USA als Hauptmacht des „Imperialismus“ (Leninsche Imperialismustheorie); die USA als Bollwerk des Monopolkapitals und damit latente Faschismusgefahr (offizielles Faschismusverständnis); die USA als Herrschaft der „Monopolbourgeoisie“ und als (ausgebeutetes) amerikanisches Volk („Zwei-Nationen-Theorie“); die USA als Land kulturellen Verfalls (deutsches Stereotyp – Land ohne Kultur). Und: die USA als Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition. (1957 hatte der damalige Staats- und Parteichef Ulbricht in einem Interview für eine amerikanische Fernsehstation erstmals seit Ausbruch des Kalten Krieges wieder eingeräumt: „Auch das amerikanische Volk hat in zwei blutigen Weltkriegen zehntausende seiner Söhne im Kampf gegen denselben räuberischen deutschen Militarismus und Imperialismus verloren.“)

Nachdem der zwanzigste Parteitag der KPdSU 1956 die Doktrin der friedlichen Koexistenz zur Leitlinie der Außenpolitik des sowjetischen Blocks erklärt hatte, ermöglichten diese fünf Komponenten eine beschränkte flexible Anpassung der DDR-Position an die jeweilige Großwetterlage des Ost-West-Konflikts. Man konnte von einer Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes mit den USA ebenso sprechen wie von einer in der Geschichte angesiedelten traditionellen Vernunft- und Kriegsvermeidungspolitik. Das offizielle Amerikabild der DDR wirkte natürlich weitaus eher in der DDR selbst als auf dem Parkett internationaler politischer und diplomatischer Aktivitäten. Allerdings keinesfalls in dem linearen Sinne, wie es seinen Propagandisten in politischen Reden und in den Medien vorschwebte. Seine „Eindringtiefe“ müsste grundsätzlich empirisch für die einzelnen Perioden der DDR-Geschichte, die unterschiedliche Generationen und Gruppen der DDR-Gesellschaft differenziert beschrieben werden. Pauschal aber kann

man sagen, dass die Glaubwürdigkeit offizieller Ideologeme in dem Maße abnahm, wie das Ideal der DDR-Gesellschaft an den faktischen Realitäten zu scheitern begann. In den 60er Jahren war es der Versuch, „Nieten in Hosen“ aus den Schulen und von den Tanzböden zu verbannen. In den siebziger Jahren waren es die langen Haare und die Rockmusik, denen das System als Ausdruck amerikanischer Dekadenz einen hartnäckigen, aber aussichtslosen Kampf ansagte. In diesen Konflikten, in denen sich das offizielle Amerika-Bild am Erfahrungshorizont der DDR-Bürger rieb, erfolgte auch seine grundsätzliche legitimatorische Desavouierung. Die DDR erlebte eine alltagskulturelle, ästhetische „Amerikanisierung von unten“, keine Verankerung der ideologischen und politischen Zielvorgaben der marxistisch-leninistischen Ideologie.

Tatsächliche Distanz

Dies gilt für zwei der oben angeführten „Komponenten“ mit Einschränkungen, da hier an die konkreten Wertorientierungen, Ängste und auch Erfahrungen der DDR-Bürger angeknüpft werden konnte. Zum einen handelte es sich um die Ängste vor einem neuen Weltkrieg. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass in den Zeiten der Zuspitzung des Kalten Krieges (zum Beispiel Nachrüstungsdebatte der achtziger Jahre) die auch in der DDR-Bevölkerung geteilten Ängste und Bedrohungsgefühle zu einer stärkeren Akzeptanz des parteioffiziellen Vorwurfes einer kriegstreiberischen Politik der USA führten. Wenn sich im Jahr 2002 47 Prozent der heute 29-jährigen Probanden der „Sächsischen Längsschnittstudie“ von „militärischen Abenteuern der USA“ stark bedroht fühlen, so liegt hier ein Befund vor, bei dem tiefere analytische Untersuchungen möglicherweise Wirkungen des Amerika-Bildes in der DDR aufzeigen könnten.

Zum anderen lässt sich mit dem Stichwort „Soziale Sicherheit“ ein Wertkom-

plex der Ostdeutschen umreißen, der bis heute die Sicht auf die Vereinigten Staaten mit prägt. Die „Zwei-Nationen-Theorie“ des offiziellen DDR-Amerikabildes setzte vor allem in den siebziger und achtziger Jahren den Schwerpunkt auf Probleme wie Armut, Soziale Unsicherheit, Drogenkonsum und Kriminalität als die andere Seite der Gesellschaft der Vereinigten Staaten. Alle mehr oder weniger relevanten und repräsentativen Befunde über tiefergehende Einstellungen zu den Vereinigten Staaten zeigen, dass die Ostdeutschen diesem Aspekt der Wirklichkeit Amerikas sehr große Bedeutung beimessen. Etwas frei formuliert: Man bewundert die weite Freiheit und Vielfalt in den Vereinigten Staaten, man ängstigt sich zugleich vor der sozialen Unsicherheit und existenziellen Uferlosigkeit, die damit einhergeht.

Im Ganzen konnte sich das Amerika-Bild als Teil der marxistisch-leninistischen Ideologie niemals wirklich handlungsleitend etablieren. Die Rede von einem „Feindbild“ geht deshalb auch an den Anforderungen an die landeskundliche und politische Bildung bezüglich der Vereinigten Staaten in Ostdeutschland vorbei.

Das intellektuelle Amerika-Bild wiederum wies drei Komponenten auf: Die starke Systembindung vieler Wissenschaftler und Intellektueller führte dazu, dass man in deren Texten und Verlautbarungen sehr viele Aspekte des offiziellen Amerika-Bildes finden konnte. Spätestens aber nach der Biermann-Ausbürgerung 1976 trat mehr und mehr der Aspekt der individuellen Freiheits- und Menschenrechte, manchmal noch gepaart mit einem tradierten Gefühl der kulturellen Überlegenheit an die Stelle des offiziellen Amerika-Bildes. Das Stereotyp der kulturellen Überlegenheit Europas gegenüber Amerika wirkte in den intellektuellen Diskursen der DDR länger und nachhaltiger als beispielsweise in der Bundesrepublik.